

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- 1932, im Voraus, bei Postbestellung 1,80 RM. wöchentlich 50 Pf. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen, Wochensubskriptionen, Abbestellungen, Änderungen, Anzeigen, etc. sind zu jeder Zeit bei der Redaktion zu machen. Im Krieg oder sonstiger Verhältnisse besteht kein Anspruch auf Vorrückung der Zeitung über den Bezugspreis. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.



Verlagspreis: Die 8 getragene Nummer 20 Pf., die 4 getragene Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 4 getragene Seite der amtlichen Bekanntmachungen 20 Reichspfennige. Wochensubskriptionen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 1. März. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 3 — 91. Jahrgang Teleg.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postkod.: Dresden 2640 Dienstag, den 5. Januar 1932

Das schönste Juwel.

Ein hoher Zufall ist es sicherlich nicht, daß die Indien-Konferenz in London, die von dem MacDonald-Ministerium der Arbeiterpartei zusammenberufen war, unter dem gleichen Ministerpräsidenten, aber bei vortrefflich konsequenter Führung, völlig ergebnislos ausging. Vielleicht hatten jene Beratungen und Verhandlungen doch ein gewisses, allerdings wohl kaum beachtliches Ergebnis. Die Vertreter des indischen Nationalismus, die indischen, fast englandfreundlichen, aber doch unabhängigen Fürsten, sahen neben den Delegierten der englischen Regierung, wurden von diesen also als gleichberechtigte Verhandlungspartner anerkannt und behandelt. Gandhi erschien ja auch am englischen Königshof, so daß das Selbstbewußtsein der indischen Nationalisten zweifellos eine beträchtliche Stärkung erfahren hat. Sie sind doch nicht mehr so ganz bloß die „Natives“, die Eingeborenen, nicht mehr bloß das „coloured people“, das „farbige Volk“, über das sich der Engländer beherrschend emporgeworben fühlt. Letzten Endes überlebte die Londoner Konferenz an bestimmten Forderungen Gandhis, die auf eine unbedingte, auch auf religiösen Grundlagen sich aufbauende Vorherrschaft der Hindus gegenüber den Mohammedanern hinauslaufen. Das wurde von der englischen Regierung auch deswegen abgelehnt, weil man in London anscheinend für Indien nicht die Stellung eines Dominiums, also eine sehr weitgehende, fast unbedingte Unabhängigkeit bewilligen wollte. Denn die drei großen Dominien — Kanada, Südafrika und Australien — werden durchweg von Engländern, zum mindesten von Menschen der weißen Rasse, beherrscht und regiert.

Der Mittelpunkt der indischen Freiheitsbewegung, die in ihren radikaleren Teilen auf eine völlige Loslösung dieser wichtigsten englischen Kronkolonie vom Mutterland abzielt, ist der All-Indische Kongress. Dieser ist von den Engländern teils freiwillig, teils unfreiwillig geduldet worden. Jetzt aber ist im der Kampf, der während der Londoner Konferenz einer Art Waffenstillstand geworden war, doch wieder loszubrechen: Gandhi selbst ist in seine Heimat zurückgekehrt, aber möglicherweise ist inzwischen der radikal eingestimmte Kongress dem bisherigen Führer über den Kopf gewachsen. Unbedingt hat sich der Gegensatz zwischen der englischen Regierung und dem Kongress derart verschärft, daß die ersten Verhandlungen von Führern des allindischen Nationalismus nur ein Anfang des Vorgehens der Engländer zu sein scheinen; auch Gandhi selbst vermochte nicht mehr gegen den Wiederausbruch des Konfliktes auszuweichen, ist vielmehr von den englischen Behörden verhaftet worden.

Die von ihm früher geleitete „Non-cooperation“-Bewegung, also eine strikte Gehorsamsverweigerung gegenüber allen staatlichen Anordnungen (so auch jetzt wieder erweitert werden durch die Verhandlung des Wirtschaftsbotschafts zum mindesten gegen alle Waren englischen Ursprungs). Welche furchtbare Wunden damit besonders der Textilindustrie Englands geschlagen worden sind, konnte übrigens Gandhi selbst bei seinem Aufenthalt auf englischem Boden feststellen. Die erst während des Weltkrieges entstandene Baumwollverarbeitung und -verarbeitung zieht natürlich aus jenem Boykott große Gewinne und die Engländer wollen nun auch gegen die indischen Textilindustriellen, die die Freiheitsbewegung finanziell eifrig unterstützen, mit entsprechender scharfer Maßregeln vorgehen. Ob sie allerdings damit mehr erreichen werden als früher, wird man selbst in London für nicht sehr wahrscheinlich halten, glaubt aber im Kampf gegen die radikale Freiheitsbewegung Indiens als Besitz des englischen Weltreichs, als schönstes Juwel der Krone Englands verteidigen zu müssen, dessen Träger ja auch den Titel „Kaiser von Indien“ führt. Das Juwel hat aber schon beträchtlich an Glanz eingebüßt.

Wirtschaftlich gesehen — und dies gilt auch für Deutschland und seinem früher beträchtlichen Warenaustausch mit Indien — ist das Wiederaufkommen eines Krisenherdes eine höchst unerwünschte Erscheinung. Daß seine Grundlagen bis in den Weltkrieg und die damals den Indern gemachten Versprechungen der Selbstverwaltung zurückzuführen, ist bekannt. England ist aber zurzeit mit derart politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten überhäuft, daß man es sich in London doch noch überlegen wird, ob man den Kampf um Indien mit den gleichen Mitteln wie früher führen kann.

Hindenburgs Dank.

Dem Reichspräsidenten sind anläßlich des Jahreswechsels zahlreiche Glückwünsche aus dem In- und Ausland zugegangen. Da es ihm zu seinem Bedauern nicht möglich ist, sie einzeln zu beantworten, läßt der Reichspräsident alle, die seiner in diesen Tagen freundlich gedacht haben, bitten, auf diesem Wege seinen herzlichsten Dank und seine aufrichtigen Wünsche für das neue Jahr entgegenzunehmen.

Tribute, Schulden und Abzahlung.

Die Vorbereitung der großen Konferenzen.

Reichskanzler Dr. Brüning und die übrigen Reichsminister, die über Weihnachten und Neujahr von Berlin abwesend waren, sind wieder in der Reichshauptstadt eingetroffen. Das Kabinett wird in den nächsten Wochen mit den deutschen Vertretern für die Tribut- und die Abrüstungskonferenzen die letzten Vorbereitungen für diese Tagungen durchberaten. Auf der Tributkonferenz in Lausanne wird der Reichskanzler die deutsche Abordnung führen. Ferner werden Reichsfinanzminister Dr. Dietrich und voraussichtlich auch Reichswirtschaftsminister Warmbold Deutschland in Lausanne vertreten. Letzteres ist als bestimmt anzunehmen, da auch aus den beiden Haager Konferenzen die Wirtschaftsminister (Dr. Curtius und Robert Schmidt) anwesend waren. Die Abordnung für die Abrüstungskonferenz in Genf besteht aus dem Kanzler, Reichswehrminister Groener, Staatssekretär von Bülow sowie den Vizepräsidenten Radolow und Graf Helldorf. Falls sich die beiden Konferenzen überlängeln sollten, wird der Reichswehrminister den Kanzler in Genf vertreten. Jedoch ist anzunehmen, daß auch der Kanzler, wenigstens zeitweise, an der Abrüstungskonferenz teilnehmen wird. Es steht auch noch nicht fest, ob Staatssekretär von Bülow, der Deutschland auf der Völkerbundtagung vertritt, an der Lausanner oder der Genfer Konferenz teilnehmen wird.

Der Young-Plan völlig unbrauchbar.

Ein baseler Gutachten, das nicht veröffentlicht wurde. Der Berichterstatter Sir Walter Layton, der von dem baseler Wiederaufschuß nicht veröffentlicht wurde, betont, der Young-Plan sei völlig unbrauchbar geworden und könne nicht durchgeführt werden. Die Verlängerung des Moratoriums genüge nicht, sondern es sei eine vollständige Außerkräftigung und radikale Änderung des Young-Planes notwendig. Die Wiederaufnahme der Young-Plan-Zahlungen sei in absehbarer Zeit gänzlich unmöglich. Deutschland könne nicht einmal die bedingten Zahlungen zusammenbringen, und von einem Transfer könne keine Rede sein. Der Layton-Bericht fordert ferner eine dauernde Regelung, so daß die freie Kapitalverwendung wieder einsehen und die Frage einer internationalen Währungsreform bearbeitet werden kann.

Tribute und Kriegsschulden gefährden die Weltwirtschaftslage. Der Monatsbericht der Londoner Midland-Bank fordert, daß Frankreich auf die Tribute und Amerika auf die Kriegsschulden zunächst überhaupt verzichten sollen. Ein Zahlungs-ausschub genüge nicht zur Wiederherstellung des Vertrauens. Der Bericht schlägt eine allgemeine Freisiegelung durch internationale Zusammenarbeit vor. Nur auf diese Weise könnten Kriegsschulden und Tribute vielleicht später in verkleinertem Umfang von den einzelnen Staaten gezahlt werden, ohne die Wirtschaftslage der Welt zu gefährden.

Stillhalteverhandlungen und Tributkonferenz.

Erst Tributregelung dann Stillhalten. Die an den Stillhalteverhandlungen beteiligten ausländischen Ausschüsse wollen sich, nach übereinstimmenden Berichten aus Berlin und Paris, Wege offen halten, um die Sicherstellung ihrer Forderungen durch die Tributkonferenz zu ermöglichen. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß die Völker vor dieser Konferenz kein endgültiges Abkommen unterzeichnen würden. Sie würden stets den Standpunkt einnehmen, daß ein solches Abkommen von der Regelung gewisser Punkte auf der Tributkonferenz abhängig sei und nur für einige Monate in Kraft bleiben könne, sofern es nicht auf einer späteren Tagung nochmals ausdrücklich bestätigt werde.

Zentraler Kreditausschuss.

Zinsentzugsverhandlungen vor dem Abschluss. Die Verhandlungen zwischen dem Reichskommissar für das Bankwesen und den Verbänden der Kreditwirtschaft, die trotz der Feiertagsruhe in den letzten Wochen mit Eifer betrieben wurden, sind nunmehr so gut wie abgeschlossen. Der Verrag, der die Spitzenverbände zur Einhaltung der auf Grund der letzten Notverordnung durchzuführenden Zinsmaßnahmen verpflichtet, ist in seinen Grundzügen sowie in den meisten Einzelheiten fertiggestellt. Die Unterzeichnung wird am kommenden

Donnerstag erfolgen. Zur Durchführung des Zinsabkommens wird in Berlin ein „Zentraler Kreditausschuss“ geschaffen werden, in dem die Verbände der Kreditwirtschaft paritätisch vertreten sind. Dieser Zentralausschuss wird die einzelnen Zinsätze festzusetzen haben.

Für Tributfreierung.

Eine nüchterne amerikanische Stimme für Tributfreierung. Das Mitglied des Amerikanischen Repräsentantenhauses, Dr. Britten, früherer Vorsitzender des Marineauschusses, erklärte, daß allein die von Deutschland abgetretenen Gebiete und Kolonien größere Werte darstellen als die Zahlungen des Young-Plans. Britten forderte England und Frankreich zur Tributfreierung und zur Revision des Versailler Vertrages auf. Frankreich und England seien längst überbezahlt. Eine öffentliche Weigerung Englands und Frankreichs, die nach dem Kriegsschlus aufgenommenen Anleihen zurückzahlen, würde ein Eingeständnis des Bankrotts bedeuten. England sei wohlhabender als die Vereinigten Staaten. Frankreich sei gegenwärtig das reichste Land der Welt.

Schäden, die Gewinn bringen.

Die Kriegsschäden in Frankreich schon mehr als bezahlt. Aber die Wiederaufbaukosten des französischen besetzten Gebietes sind die verschiedensten Mittelungen verbreitet worden. Von zuständiger Stelle wird dazu folgendes mitgeteilt. Nach Anlage 14 zum französischen Haushaltsentwurf für 1932 betragen die Gesamtschäden im ehemals besetzten französischen Gebiet 98 Milliarden Papierfranc. Davon müssen abgezogen werden 5,8 Milliarden für Schäden an öffentlichem Eigentum und 12,5 Milliarden für Zinszahlungen und Verwaltungskosten. Nach deutscher Auffassung kommen demnach auf Grund der Lausanner Note von 1918 für Deutschland als Schuld in Frage 79,6 Milliarden Papierfranc (etwa 13,5 Milliarden Mark). Der französische Arbeitsminister Deligne hat 1931 in einem Vortrag festgestellt, daß sich der Gesamtaufwand für die Sachschäden im französischen besetzten Gebiet auf 80,1 Milliarden Papierfranc beläuft.

So wie nach amerikanischer Auffassung schon mindestens 34 Milliarden Mark bezahlt haben, von denen Frankreich etwa 18 Milliarden Mark erhalten hat, so hat Deutschland demgemäß schon mehr für die Aufbauschäden bezahlt, als nötig war.

Gegen den dritten Tributplan.

Rede Eugenbergs in Detmold. In einer deutschen Wahlversammlung in Detmold sprach Dr. Eugenbergs. Einleitend gab er einen Rückblick über die letzten 13 Jahre und zog daraus die Bilanz. Frankreich bereite den dritten Tributplan vor. Der Kampf gegen einen dritten Tributplan aber werde noch viel leidenschaftlicher und erbitterter sein. Diesmal werde niemand außerhalb der Sozialdemokratie und des Zentrums der These widersprechen, daß derjenige ein Verbrecher und Landesverräter am deutschen Volke sei, der einem dritten Tributplan zustimme. Eugenbergs befahte sich dann mit Deutschlands innerer Politik, wobei er den Geist der Notverordnung kritisierte. Er warnte weiter, daß in solchen Zeiten neben aller inneren Leidenschaft doch Vernunft und Ruhe das Wichtigste sei. Unser Staatsgedanke — das ist der Gewinn des Weltkrieges — leitet sich aus dem Gedanken des Volkes ab. Im Gegensatz zur heutigen deutschen Erziehung formt die heutige deutsche Geschichte nationale Menschen. Aus dem Martyrium wird völkischer Glaube und völkische Kraft, wird ein einheitliches Volk von nationalistischen Deutschen hervorzurufen.

Zwischen- oder Endlösung. Die englische Regierung schwankt.

London, 4. Januar. In London redet man damit, daß die Abreise des englischen Finanzattachés Sir Frederic Leith nach Paris zu Verhandlungen mit dem französischen Finanzministerium am Donnerstag, spätestens aber am Freitag erfolgen wird. Der englische Standpunkt hat sich insofern wieder geändert, als man zwar noch wie vor an der Notwendigkeit einer zeitweiligen Lösung der Tributfrage möglichst durch ein langjähriges Moratorium festhält, aber gleichzeitig die Einwände anerkennt,

Redaktion: Wilsdruff, Dresden, Postfach 2640. Telefon: 2640. Druck: Wilsdruff, Dresden, Postfach 2640. Vertrieb: Wilsdruff, Dresden, Postfach 2640. Anzeigen: Wilsdruff, Dresden, Postfach 2640. Abbestellungen: Wilsdruff, Dresden, Postfach 2640. Einzelnummern: Wilsdruff, Dresden, Postfach 2640. Preis: 2,- RM. wöchentlich 50 Pf. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen, Wochensubskriptionen, Abbestellungen, Änderungen, Anzeigen, etc. sind zu jeder Zeit bei der Redaktion zu machen. Im Krieg oder sonstiger Verhältnisse besteht kein Anspruch auf Vorrückung der Zeitung über den Bezugspreis. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.